

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Zu Punkt **7.17**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
27.6.2024

Wien, am 06.06.2024

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 27.6.2024

Bürokratiedschungel ausmisten – Bürokratiemonster durch EU verhindern!

Unglaubliche 19 Stunden bürokratischer Aufwand belasten unsere Unternehmen. 90 Prozent aller heimischen Betriebe fordern eine rasche Reduzierung dieser Verwaltungsexzesse. Die Vorschriften und bürokratischen Auflagen nehmen uns die Luft zum Atmen! Derzeit befinden wir uns im Würgegriff des EU-Bürokratiemonsters und die Bundesregierung mit ihrem vorausgehenden Gehorsam verschärft die Lage massiv. Wir brauchen keine Sonntagsreden und Schönrederei von Politikern, sondern Umsetzungsmaßnahmen, die Wirkung zeigen und die Effizienz steigern. Die Irrfahrt der Bundesregierung muss sofort beendet werden und wir verlangen einen sofortigen Stopp der Belastungslawine! Es braucht für die Zukunft:

Weniger Bürokratie mehr Effizienz:

Fakt ist, der überbordende Verwaltungsaufwand ist für die Wirtschaft untragbar geworden! Immer mehr Vorschriften, Auflagen und statistische Auswertungen machen der Wirtschaft das tägliche Leben zum bürokratischen Spießrutenlauf. ‚Unternehmer sein‘ macht oft keine Freude mehr, denn freie Entscheidungen sind kaum machbar. Das Damoklesschwert ‚Staat‘ wacht dauernd über einen. Geringfügige Überschreitungen werden teilweise mit drakonischen Strafen geahndet. Innovationen und Investitionen werden mit teuren Auflagen und hohen Steuerzahlungen an den Rand der Verwirklichung gebracht. Gesetze, Verordnungen und Reglements im Übermaß verhindern wirtschaftlichen Aufschwung und Erfolg.

Dazu kommt noch die Richtlinienlawine aus Brüssel gepaart mit ‚Golden Plating‘!

Die EU-Politik ruiniert Österreichs Wirtschaftsstandort!

Brüsseler Fehlentscheidungen treiben unsere Betriebe in den Ruin! Die Entscheidungen der EU-Kommission sind nach Ansicht vieler Experten zu 90 Prozent für die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen in Österreich verantwortlich. Die EU-Taxonomie, der Green Deal, das Rekordzinsniveau, das Merit Order Prinzip und das Lieferkettengesetz sind ganz klare Fehlentscheidungen und damit Faktoren für den Wirtschaftsabschwung.

So hat auch die EU-Kommission die Wachstumsprognose für Österreich von 0,8 auf 0,3 Prozent senken müssen. Auch die Inflation verharrt bei aktuell 3,5 Prozent und damit ist man weit entfernt vom Ziel der EZB mit 2 Prozentpunkten.

Die Freiheitliche Wirtschaft fordert daher eine rasche Neuausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik, um einen weiteren Abschwung, Pleiten und steigende Arbeitslosigkeit zu verhindern. Wenn uns die Radikal-Korrektur nicht gelingt, dann gute Nacht Wohlstand und sozialer Friede.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

ANTRAG

Der Präsident sowie die Organe der WKÖ werden dringend aufgefordert, sich in der Bundesregierung, sowie den zuständigen Brüsseler Behörden für die sofortige Entlastung der Betriebe einzusetzen. Dazu gehört die Rücknahme aller unnötige bürokratische Auflagen, ein Nein zum Verbrennerverbot, ein Ende des Überregulierungswahn unter dem Deckmantel des Green Deals, eine Aussetzung der sogenannten ESG-Kriterien, ein klares Nein zu der EU-Einwaldungsverordnung, eine Abkehr von der EU-Taxonomie sowie eine Überarbeitung des Lieferkettengesetzes.

Entlasten statt Belasten muss die Devise sein, damit wir unseren Unternehmen nicht weiter die Luft zum Atmen nehmen und sie sich ihrer Aufgabe – nämlich betriebswirtschaftlich erfolgreich zu sein – widmen können.

Mit diesen Maßnahmen könnten wir den Wirtschaftsmotor im Land wieder zum Laufen bringen, der Wirtschaft neue Hoffnung geben und den Wohlstand im Lande erhalten!


Bgm. KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident


Reinhard Langthaler
WP-Delegierter


Landesrat Ing. Christian Pewny
WP-Delegierter